

Neue Zürcher Zeitung vom 26.04.2014, Seite 4:

# Ein roter Faden für das Netz

## Die globale Konferenz Netmundial stellt Prinzipien für das Internet und dessen künftige Entwicklung auf

Das Abschlussdokument der internationalen Internet-Governance-Konferenz Netmundial in São Paulo ist nicht revolutionär. Seine Erarbeitung ist es schon eher – wenngleich gewisse Akteure Mühe damit bekunden.

Tjerk Brühwiller, São Paulo

Anhaltender Applaus bricht im Saal aus, als Virgílio Almeida, der Präsident der Konferenz Netmundial, am Donnerstagabend die Verabschiedung des Abschlussdokuments bekanntgibt. Das sogenannte «Multistakeholder Statement of São Paulo» stellt einen globalen Konsens unterschiedlichster Sektoren der Gesellschaft dar über Prinzipien für das Internet und darüber, in welche Richtung sich dieses künftig entwickeln soll. So ist darin zum Beispiel festgehalten, dass Rechte wie zum Beispiel das Recht auf Privatsphäre auch online ihre Gültigkeit haben. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt soll im Internet respektiert werden. Aber auch die kulturelle Vielfalt oder die offene, grenzenlose und vernetzte Struktur des Internets sind im Dokument festgehalten, das auf <http://netmundial.br> allgemein zugänglich ist.

### Seicht, aber gut genug

Wenngleich das Dokument nicht bindend ist, dürfte es künftigen Diskussionen im Bereich der Internet-Governance als Grundlage dienen. Gleichzeitig hat Netmundial gezeigt, dass es möglich ist, mit einem sogenannten Multi-Stakeholder-Ansatz ein Ergebnis zu erzielen. Damit ist gemeint, dass an der Entscheidungsfindung nicht nur Regierungen beteiligt sind, sondern ebenso – und gleichberechtigt – Vertreter der Privatwirtschaft, der Forschung und der Zivilgesellschaft mit ihren ganz spezifischen Ideen, Bedürfnissen und Sichtweisen. Tausende von Vertretern aus allen Bereichen haben am Entwicklungsprozess teilgenommen. Erstmals wurde mit einem Multi-Stakeholder-Prozess ein Dokument verabschiedet. Das sei eine Pionierleistung, sagte Almeida. Man habe mit Netmundial Neuland betreten. Das Dokument sei nicht das Ende des Prozesses, sondern erst der Anfang. Die Mehrheit ist sich einig, dass sich Internet-Governance künftig am Multi-Stakeholder-Modell orientieren muss. Auch das ist im Dokument festgehalten.

Der Text reflektiere die Diskussionen und den Prozess an der Konferenz, sagt die deutsche Politikwissenschaftlerin Jeanette Hofmann, die den akademischen Sektor im leitenden Gremium von Netmundial vertritt. Alle hätten die Möglichkeit gehabt, am Prozess teilzunehmen. Das Dokument habe dadurch gewissermassen Legitimation durch Verfahren erhalten. Mehrmals wurde betont, dass es sich beim Abschlussdokument um einen Kompromiss handle. Es sei zwar nicht perfekt, aber gut genug, um gut zu sein.

Doch nicht alle finden das Statement von São Paulo gut. Enttäuschung herrscht bei Vertretern der Zivilgesellschaft. Vielen ist das Dokument zu seicht. Ein Paragraf, der die systematische Massenüberwachung als eine Verletzung der Menschenrechte eingestuft hätte, wurde in der Endfassung massiv abgeschwächt – auf Geheiss amerikanischer Vertreter, hiess es hinter vorgehaltener Hand. Verschiede Organisationen hätten zudem gerne die sogenannte Netzneutralität eingebunden. Diese Norm verbietet es Internetprovidern, die Übertragungsgeschwindigkeit und damit die Qualität von Inhalten abhängig zu machen und damit bestimmte Angebote im Netz gegen Bezahlung zu bevorzugen. Die Netzneutralität ist umstritten und ist vor allem dem Privatsektor ein Dorn im Auge. Das Thema müsse weiter vertieft werden, hiess es.

### **Regierungen ohne Hauptrolle**

Grundsätzlicher Widerstand gegen das Dokument und vor allem den Prozess dahinter kommt aus China, Russland, Iran, Saudiarabien und Kuba. Auch Indien könne derzeit nicht hinter dem Dokument stehen, sagte ein Vertreter. Die Länder haben gemeinsam, dass sie Internet-Governance als eine Sache der jeweiligen Länder und von deren Regierungen ansehen – ohne Einmischung der Zivilgesellschaft. «Wir verstehen den Prozess nicht, er ist nicht transparent», sagt Robert Shlegel, Mitglied der russischen Regierungsdelegation. Der Multi-Stakeholder-Prozess sei lobenswert, es sei aber unmöglich, Prinzipien anzuwenden ohne internationale Verträge. Auch andere Delegationen zeigen ihre Mühen mit dem Multi-Stakeholder-Prozess, in dem die Regierungen nur eine Rolle, aber nicht die Hauptrolle einnehmen. Einigen Ländern scheint das angewandte Verhandlungsmodell zu neu, anderen zu demokratisch zu sein.

Dass die Regierungen Russlands und Chinas sich nicht im Abschlussdokument wiederfänden, habe damit zu tun, dass deren Positionen schlicht nicht mehrheitsfähig gewesen wären und deshalb einen Kompromiss gefährdet hätten, sagt Jeanette Hofmann. Diese Regierungen würden sich am liebsten auf einen intergouvernementalen Prozess innerhalb der Internationalen Fernmeldeunion zurückziehen. «Sie verstehen keine andere Sprache.»

Der Versuch der Entscheidungsfindung auf Basis des Multi-Stakeholder-Modells ist in den Augen der grossen Mehrheit gelungen, wenngleich die Ablehnung

Chinas, Indiens und Russlands mit ihren unzähligen Internetnutzern einen Dämpfer darstellt.

### **Dezentralisierung**

Die Erfahrungen von Netmundial werden die Diskussionen über Internet-Governance prägen, etwa jene des Internet Governance Forum (IGF) Anfang September in Istanbul. Dort müsse der angestossene Prozess fortgesetzt werden, sagt Jeanette Hofmann und spricht damit für die Mehrheit. Laut Hofmann gibt es einen breiten Konsens darüber, dass auch das IGF mehr konkrete Ergebnisse produzieren sollte.

Der noch unausgereifte Multi-Stakeholder-Ansatz könnte sich nach den Erfahrungen in São Paulo als ein alternativer Weg der Entscheidungsfindung etablieren – nicht nur in Fragen der Internet-Governance. Konkretes Konstrukt eines Multi-Stakeholder-Modells dürfte die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (Icann) werden. Die Organisation, die für die Verwaltung von Domain-Namen verantwortlich ist, ist dem amerikanischen Handelsministerium angegliedert. Im März erklärte Washington, dass Icann künftig einem multinationalen Gremium unterstehen solle. Die USA beugen sich der nach der NSA-Spionage-Affäre aufgekommenen Forderung nach einer dezentralen Organisation des Internets.